

## **Dirk Adomat betont sein Interesse an der Aufklärung der Missbrauchsfälle auf dem Campingplatz bei Lügde**

## **Lügde beschäftigt nun auch den neuen Landrat: Vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes verweigern die Aussage vor dem Untersuchungsausschuss in Düsseldorf**

Sonntag 24. Mai 2020 - Hameln / Lügde (wbn). Hameln-Pyrmonts neuer Landrat Dirk Adomat sieht sich nunmehr veranlasst zu einer Lügde-Aussageverweigerung seiner Jugendamtsmitarbeiter Stellung zu nehmen.

Dass er dazu am heutigen Sonntag über seine Pressesprecherin Sandra Lummitsch eine Erklärung verbreiten lässt, gibt zu erkennen, welche Priorität er diesem Vorgang beimisst.

Fortsetzung von Seite 1 Der Hintergrund: Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisjugendamtes aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont haben es abgelehnt vor dem Ausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags in Düsseldorf, der das Behördenversagen im Missbrauchsfall auf dem Campingplatz in Lügde seit Monaten untersucht, Aussagen zu machen.

Dies haben WDR, NDR und Süddeutsche Zeitung Ende der zurückliegenden Woche exklusiv berichtet. Diese Jugendamtsmitarbeiter werden von den NRW-Parlamentariern als wichtige Zeugen eingestuft. Laut ihrer Anwältin wollen diese vier Personen aus der Kreisverwaltung von ihrem „Zeugnisverweigerungsrecht“ Gebrauch machen. Eine fünfte Person ist hingegen zur Aussage bereit. Allerdings will sie keine Fragen beantworten, die „allein eine Beurteilung des Verhaltens niedersächsischer Behörden zum Gegenstand“ hätten, wie in einem Schreiben der Anwältin eingeschränkt wird. Diese Fragen seien „unzulässig“.

Dazu erklärt nunmehr Landrat ,Dirk Adomat in seiner Verlautbarung, die heute Mittag übermittelt wurde: „Ich habe großes Verständnis dafür, dass die Nachricht, wonach die Mitarbeitenden des Hamelner Jugendamtes die Aussage vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) in Düsseldorf am Montag verweigern wollen, in der Öffentlichkeit für ein aufgeregtes Echo gesorgt hat. Daher ist es mir als neuer Landrat des Landkreises Hameln-Pyrmont umso wichtiger, deutlich zu machen, dass auch ich sehr großes Interesse daran habe, die Aufklärung der Missbrauchsfälle von Lügde mit allen mir zu Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.“

Bereits so, wie der Landkreis Hameln-Pyrmont die Arbeit der Staatsanwaltschaft Detmold unterstützt hat, kann auch der PUA auf die Unterstützung meines Hauses zählen“, erklärt

Landrat Dirk Adomat.

Der nordrhein-westfälische Landtag hat dem Untersuchungsausschuss die Aufgabe übertragen, Fehlverhalten auf allen mit dem Missbrauchsfall befassten Ebenen aufzuklären.

Insbesondere drei Themenbereiche sollen dabei behandelt werden:

- Ermittlungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft im Missbrauchsfall.
- Das Handeln der Jugendämter und Kommunikation mit anderen Behörden.
- Umgang der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Fall ab Oktober 2018

„Mit Blick auf die persönlichen Entscheidungen meiner Mitarbeitenden, die Aussage vor dem PUA gegebenenfalls zu verweigern, darf jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass der Landkreis Hameln-Pyrmont beziehungsweise ich darauf hätte Einfluss nehmen können“, betont der Landrat.

Es verhält sich juristisch vielmehr so, dass den Betroffenen diese Möglichkeit nach geltendem Recht offen steht. Eine Entscheidung, die niemanden zum Vorwurf gemacht werden darf. Auch nicht von den Mitgliedern des PUA.

„Ich habe großen Respekt vor der sehr intensiven Arbeit des nordrhein-westfälischen PUA, der bestrebt ist, für eine Aufarbeitung der schrecklichen Missbrauchsfälle zu sorgen. Diese Chance zur Aufklärung trägt am Ende hoffentlich dazu bei, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen – zum Schutz aller Kinder“, so Adomat abschließend.“